

AUßENPOLITIK ÖSTERREICHS UND DER EU:

Der Maghreb nach dem Arabischen Frühling

Vor kurzem waren die Spitzenvertreter jenes zivilgesellschaftlichen „Quartetts“, das in Tunesien maßgebend bei der Lösung der Krise um die neue Verfassung mitgewirkt und dafür den Friedensnobelpreis 2015 erhalten hat, in Wien. Ist mit dieser Lösung aber für dieses Land und die Region (Maghreb) schon eine politisch und wirtschaftlich-sozial stabile Entwicklung in Sicht? Es bestehen nach wie vor gravierende Probleme und bedenkliche Tendenzen, auch in Tunesien, dem Musterland der „arabischen Revolution“, wozu nicht zuletzt die Auswirkungen des Staatszerfalls in Libyen und die Beziehungen mit den Nachbarstaaten überhaupt zählen. Diese realen und potentiellen Entwicklungen in Tunesien und in der Region und ihre Auswirkungen auch auf Europa haben wir mit **Fritz Edlinger**, Generalsekretär der Österreichisch-Arabischen Gesellschaft, **Gabriele Matzner**, ehem. Botschafterin in Tunesien (2001-2005) und **Muna Duzdar**, Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete in Wien, am 27. April 2016 im International Institute for Peace (IIP) beleuchtet und diskutiert. Dabei sollte auch auf die bisherige und geplante EU-Politik für diese Region und die einzelnen Länder fokussiert werden. Was trägt „Europa“ zu Stabilisierung und Entwicklung bei, was könnte es beitragen? Und wie positioniert sich insbesondere Österreich, oder sollte sich positionieren? Nach dem Ausbruch des sogenannten Arabischen Frühlings 2011 in Tunesien erbebt das Land regelrecht in einer Art politischer Euphorie für Demokratie, für Frauenrecht und für Meinungsfreiheit, und tatsächlich ist Tunesien auch jenes arabische Land, wo erstmals eine säkulare Partei eine Wahl für sich entscheiden konnte (seit Inkrafttreten der Tunesischen Verfassung im Jänner 2014).

Im Zuge der Umstrukturierung der tunesischen politischen Landschaft wurde jedoch die wirtschaftliche und soziale Lage zu wenig beachtet. Es gibt eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit, die sich seit dem Arabischen Frühling sogar erhöht hat (bei ca. 33% der 15-29-Jährigen), das Wirtschaftswachstum ist zurückgegangen, die Korruption ist weiterhin hoch. Die Zeit des Umbruchs hätte die Europäische Union im Namen ihrer Nachbarschaftspolitik im Maghreb-Raum besser nutzen können, um einer Verschlechterung der sozialen Indikatoren entgegenzuwirken. Wie jedoch in beinahe jedem Post-Revolution-Land haben sich auch Teile des alten Systems erhalten und bestimmen bis heute wesentliche Aspekte der tunesischen Strukturbildung mit bzw. erhalten sich die alten tunesischen Strukturen bis heute. Dieses Problem von außen zu beeinflussen, ist auch daher schwierig, als die EU-Konditionalitätspolitik im Maghreb-Raum nicht greift, da z.B. die Perspektive eines EU-Beitritts völlig fehlt. Die Kernanliegen der EU in diesem geographischen Raum sind auf die Themen Antiterror und Eindämmung der Flüchtlingsströme nach Europa reduziert. Dass Tunesien jenes Land ist, welches relativ die meisten ausländischen IS Kämpfer hervorbringt, kann ebenfalls als Folge der fehlenden Verbesserung der sozialen Indikatoren gewertet werden. Das Streben nach „Stabilität“, welches die letzten Dekaden den Fokus der EU-

Außenpolitik in der Region darstellte, verschleiert und verschleierte de facto vorherrschende Instabilitäten. Es war und ist nicht geeignet, zu einer nachhaltigen, friedlichen und sozialverträglicheren Entwicklung des Landes beizutragen. Dabei ist die Bedeutung veritabler Stabilität, auch wenn es sich um eine relativ instabile Stabilität handeln kann, nicht zu unterschätzen ist, hält man sich die Situation in den Nachbarländern Libyen und Ägypten vor Augen.

Einige Kritiker halten die EU daher mitverantwortlich für das Scheitern des „Arabischen Frühlings“, auch wenn die Formulierung von „verpassten Chancen“ vielleicht eine treffendere wäre. Die 28 EU-Mitgliedsstaaten verfolgen jeweils ihre eigene Außenpolitik, wobei das aber auch für sie nicht mehr ganz so einfach ist. Das weist sehr gut auf die komplexen EU-inhärenten Strukturen hin, die ein langfristiges Gestalten in den Außenbeziehungen lähmen. Die seit beinahe 10 Jahren vorherrschende Beschäftigung der EU mit sich selbst sowie die momentane Krise innerhalb der Union tragen nicht unbedingt zur Entwicklung einer gemeinsamen, nachhaltigen und sozialverträglicheren Außenpolitik bei, obwohl eine langfristige, kooperative Herangehensweise die Interessen der Region (Sicherheit, Stabilität, Demokratie und soziale Perspektiven) mit jenen der EU (Stabilität, Sicherheit, Antiterror und Eindämmung der Flüchtlingsströme) vereinbaren sollte.

Ist die EU daher teilweise außenpolitisch gelähmt, gibt es dennoch Chancen für Österreich, sich im Rahmen der OSCE durch eine aktive Vermittlerrolle einzubringen. Als neutrales Land hat Österreich hier Möglichkeiten, Brücken zu schlagen, den nationalen Dialog mit der Zivilgesellschaft im Sinne eines „Gesprächs der Feinde“ zu ermöglichen, aber auch sich am mediterranen Dialog der OSCE auf Botschaferebene zu beteiligen und hier außenpolitisch tätig zu sein. Dass hierbei die Voraussetzungen nicht immer optimal sind – die Botschafter sind oft Vertreter der Eliten und ihre Relevanz bezüglich einer allgemeinen Vertretung ihrer Bevölkerung ist oft problematisch – soll aber nicht als Argument dienen, einen Dialog gar nicht erst in Betracht zu ziehen. Dass sich die österreichischen Diplomaten ebenso schwer tun, wenn die Partnerseite nicht klar säkular, demokratisch und nach menschenrechtlichen Grundwerten agiert, ist auch Teil der faktischen Realität – so zumindest ein Mitarbeiter des BMEIA. Die OSCE, die durch die Ukraine-Krise kürzlich aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht ist, könnte hierbei eine zunehmend bedeutende Rolle einnehmen und sollte dies auch tun.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in der momentanen Situation stärkere bilaterale Beziehungen einen wesentlichen Teil zu einer Stabilisierung, welche die politische, wirtschaftliche und soziale Dimension umfasst, beitragen können. Möglichkeiten des Brückenschlags gäbe es beispielsweise, wenn man Personen aus den Bereichen Tourismus und Wirtschaft einlädt, die Situation in ihrem Land zu diskutieren und genuine Lösungsansätze zu suchen. Die Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen sowie die partnerschaftliche Öffnung der Märkte (mit einer ständigen Evaluierung von Wirtschaftsabkommen), sowie die Öffnung von Universitäten, der Austausch von StudentInnen, sind nur einige Vorschläge, deren Realisierung einen Beitrag leisten könnte.

Die Frage nach der richtigen Balance zwischen Politik Gestalten und Politik Verwalten ist insbesondere im Lichte der außenpolitischen Möglichkeiten Österreichs und der EU im Maghreb nicht eindeutig zu beantworten. Stabilität kann einerseits ein hohes Gut sein, doch zu welchem Preis diese oft scheinbare Stabilität aufrechterhalten bleibt, sollte in die Analyse miteinbezogen werden. Manchmal geht es auch darum, bestimmte Dinge nicht zu tun, um eine annehmbare Zusammenarbeit zu ermöglichen und die Situation zumindest nicht zu verschlimmern.